



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Spectator: Reichskriegsschatz und Währung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichskriegsschatz und Währung



unter den Wehrsteuervorlagen ist die beabsichtigte Erhöhung des Reichskriegsschatzes im Vergleich zu ihrer finanzpolitischen Bedeutung allzusehr in den Hintergrund getreten. Die amtliche Begründung findet sich ziemlich kurz mit diesen für unsere Währung und Bankverfassung ungemein wichtigen Vorschlägen ab. In der Diskussion spielen sie vollends eine sekundäre Rolle, was nicht wundernehmen kann, wenn man einerseits die Schwierigkeit der währungspolitischen Frage in Betracht zieht und andererseits das überwuchernde politische Interesse an den übrigen gewichtigen Aufgaben der Wehrvorlage in Rechnung stellt. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man bedauern, daß wegen des inneren Zusammenhanges man es für nötig befunden hat, diese währungs- und munzpolitische Maßregel zugleich mit der Heeres- und den Deckungsvorlagen zur Erorterung und zur Beschluffassung zu stellen. Es kann gar nicht ausbleiben, daß gegenüber der Leidenschaftlichkeit, mit welcher die Deckungsfragen erörtert werden, sich auch fernerhin nur ein beschränktes Interesse für Gesichtspunkte finanzpolitischer Natur wird aufbringen lassen. Eine solche Eile wäre nicht nötig gewesen, da die vorgeschlagenen Änderungen erst in einer Reihe von Jahren zur Durchführung gelangen sollen, mithin für eine schnelle Beschluffassung gar kein Grund vorlag. Es wäre weitaus vorzuziehen gewesen, wenn man diese Vermehrung des Reichskriegsschatzes, die mit der Heeresverstarkung nur äußerlich zusammenhängt und eine ganz anders gearietete Frage, nämlich die der finanziellen Kriegsbereitschaft betrifft, von der großen Heeresvorlage getrennt und ihre Beratung ruhigeren Zeiten vorbehalten hätte.

*

*

*

Die finanzielle Rüstung Deutschlands soll dadurch eine namhafte Stärkung erfahren, daß der Reichskriegsschatz des Spandauer Juliusturms auf das dreifache erhöhet wird. Das ist ein Ziel, das ganz unabhängig von der gegenwärtigen Heeresvorlage und deren Ursachen als äußerst wunschenswert und dringlich bezeichnet werden muß. Denn die 120 Millionen, welche man seinerzeit aus der französischen Kriegssentschadigung für die Zwecke eines kunftigen Kriegsschatzes ausgesondert hat und in baarem Geld in Spandau verwahrt,

reichen im Ernstfall nicht im entferntesten aus, die ersten Kosten der Mobilmachung zu bestreiten. Es besteht darüber allseitiges Einverständnis. Auch haben uns die Erfahrungen des vergangenen halben Jahres zur Genüge erkennen lassen, daß unsere finanzielle Rüstung auch nach anderer Richtung einer Stärkung bedarf. Die bedrohlichen Erscheinungen auf dem Geldmarkt, die Uberanspannung der Reichsbank, die völlige Versagung des Anleihemarktes in Zeiten, die zwar politisch beunruhigend waren, aber nicht mit dem Ausbruch eines Krieges in Parallele gesetzt werden können, zeigen deutlich, welche Gefahren uns drohen, wenn es eines Tages wirklich ernst werden sollte. Die Reichsbank, die in den vergangenen schweren Monaten fast am Ende ihrer Leistungsfähigkeit zu sein schien, muß für den Fall eines Kriegsausbruches einen derartigen Rückhalt haben, daß sie den ungeheuren Anforderungen nach Zahlungsmitteln, die dann auf sie einsturmen, gewappnet gegenüber steht. Soweit die Bedürfnisse des Staates infolge der Mobilmachung dabei in Frage kommen, ist der in baar vorhandene Reichskriegsschatz eine treffliche Sicherung für die Bank, wenn er eine ausreichende Höhe besitzt. Denn seine Bestände, in die Tresors der Bank überführt, befähigen diese, dem Verkehr dafür die dreifachen Beträge in Noten zur Verfügung zu stellen. Wird also der Kriegsschatz von 120 auf 360 Millionen erhöht, so bedeutet das die Möglichkeit einer um eine reichliche Milliarde stärkeren Notenausgabe. Damit könnte auch für recht beträchtliche Mehrbedurfnisse des Augenblicks vorgesorgt werden. Erscheint somit das Ziel klar und einfach, so ist doch der Weg, auf dem es zu erreichen ist, recht schwierig. Denn woher das erforderliche Geld zur Stärkung des Reichskriegsschatzes nehmen, wo doch schon die Reichsbank einen zähen Kampf zu führen hat, um ihre Bestände im Einklang mit den normalen Anforderungen des Zahlungsverkehrs zu halten? Eine direkte oder indirekte Schwächung der Bank muß vermieden werden; daher ist auch die sofortige Aufbringung der erforderlichen Summe durch eine innere Anleihe ausgeschlossen, da diese am Ende nur dazu führen könnte, das erforderliche Gold den Beständen der Bank zu entnehmen. Der an sich gegebene Weg der Aufnahme einer Anleihe im Ausland verbietet sich durch die Lage des internationalen Geldmarktes wie durch politische Erwägungen.

Es bleibt also nur übrig, auf die inneren Goldreserven des Verkehrs zurugzugreifen. Die Vorlage tut dies in einer eigentümlichen und neuartigen Weise. Die Verstärkung des Kriegsschatzes soll dadurch erfolgen, daß zwei Reserven geschaffen werden, eine Silber- und eine Goldreserve von je 120 Mill. Mark. Die Silberreserve wird durch Ausprägung von Scheidemünzen über das bisher gesetzlich festgelegte Maß hinaus hergestellt. Die notwendigen Kosten (etwa 54 Mill. Mark) werden aus den Munzgewinnen der laufenden Silberpragungen bestritten. Die Goldreserve dagegen will man durch Neuausgabe von 120 Millionen Reichskassenscheinen beschaffen und zwar derart, daß eine Reihe von Jahren hindurch von den Neuauspragungen an Goldmünzen bestimmte Summen, die bisher in den inneren Verkehr übergingen, einbehalten und durch Kassenscheine ersetzt

werden. Es werden also, nicht auf einmal, sondern allmählich im Lauf mehrerer Jahre 120 Millionen Kassenscheine dem Verkehr zugeführt. Die Verwendung der beiden Reserven ist derart gedacht, daß zunächst beide als ein unangreifbares Depot des Reichs bei der Bank lagern; daß die Goldreserve dann im Kriegsfall genau wie der bisherige Kriegsschatz unter den gleichen Voraussetzungen in die Bestände der Bank iberfuhrt wird, während der Silberbestand auch schon in anderen Fällen bei auerordentlichem Bedarf der Bank zur Verfügung gestellt werden kann.

* * *

Diese Vorschläge bilden somit in ihrer Gesamtheit eine ziemlich komplizierte währungspolitische Maßnahme. Sie verlangen eine Prüfung nach drei Richtungen: Ist die starke Vermehrung unfundierten Staatspapiergeldes rätlich? Stehen der vermehrten Silberpragung Bedenken entgegen? Und welche Wirkungen werden voraussichtlich beide Maßnahmen auf die Notendeckung der Reichsbank haben?

Die Vermehrung der Reichskassenscheine ist nun zunächst unzweifelhaft eine Maßregel, die man nicht auf die leichte Achsel nehmen sollte. Schon der Betrag der jetzt umlaufenden 120 Millionen ist ein arger Schönheitsfehler unserer Währung, der nur dadurch erträglich erscheint, daß die Summe eine beschränkte ist und der Umlauf in normalen Zeiten durch die Bestände des Reichskriegsschatzes — nicht rechtlich, aber faktisch — gedeckt erscheint. Anders, wenn jetzt diese Summe verdoppelt werden soll. Dann stellen die 240 Millionen Mark schon einen beachtenswerten Faktor im Geldumlaufe Deutschlands dar und man wird sich dann mit dem Hinweis auf die Goldbestände der Kriegreserven nicht begnügen dürfen, weil diese ja im Ernstfalle nicht zur Einlösung der Kassenscheine, sondern zur Schaffung neuer Zahlungsmittel bestimmt sind. Die Kreierung von Staatspapiergeld in so namhaften Beträgen kann man nicht nur als einen Schönheitsfehler in der Währung bezeichnen — sie stellt einen wahren Fremdkörper dar, dessen Vorhandensein die bedenklichsten Störungen hervorrufen kann und vielleicht hervorrufen muß. Man darf nämlich diese 240 Millionen Staatspapiergeld nicht als eine isolierte Maßregel betrachten.

Sie wäre auch als solche schon bedenklich genug; nun aber kommt hinzu, daß wir durch die starke Vermehrung der Silberpragungen (20 Mark auf den Kopf der Bevölkerung), die zudem nach dem vorliegenden Plan noch eine weitere Erhöhung erfahren sollen, und durch die forzierte Ausgabe kleiner Noten den Verkehr mit unterwertigen Zahlungsmitteln zu iberfattigen im Begriff sind. Das Silbergeld ist bekanntlich, da es stark unterwertig ist, insoweit ein unfundiertes Kreditgeld. Es besteht daher die dringende Gefahr, daß dieser starke Umlauf an unterwertigem Geld nach einem bekannten wirtschaftlichen Gesetz das vollwertige Gold iber die Grenzen wandern läßt. Diese Gefahr wird verstärkt

durch die Ausgaben der kleinen Noten, die sich die Reichsbank so angelegen sein läßt und mit der sie — fast unbegreiflicherweise — fast nirgends auf einen ernstlichen Widerspruch gestoßen ist. Mit den kleinen Noten verfolgt die Reichsbank das Ziel, das im freien Verkehr im Übermaß zirkulierende Gold in ihre Kassen zu leiten. Kleine Noten bleiben nämlich wie Papiergeld im Verkehr und finden, einmal in denselben eingedrungen, nur in beschränktem Maße den Rückweg zur Bank behufs Einlösung. Aus diesem Grunde wirken auch die kleinen Noten, wenn massenhaft in Umlauf, ähnlich wie das Papiergeld. Die Bank erhöht zwar anfänglich ihre Goldbestände, aber die Überfüllung des Verkehrs mit diesen Noten muß eine Abdrängung des zirkulierenden Goldgeldes nach dem Auslande zur Folge haben. Wir schlagen daher einen abschüssigen Weg ein, wenn wir mit allen Kräften unterwertige Zahlungsmittel in den Verkehr pressen. Die Reichsbank hat schon gegen Ende des vorigen Jahres nicht weniger als 350 Millionen kleiner Noten dem Verkehr aufoktroziert, obwohl ihr dazu eine ausdrückliche Befugnis nicht zustand. Sie hat sich förmlich daran gewöhnt, in diesen kleinen Noten ein Allheilmittel gegen den Goldabfluß zu erblicken. Eine gefährliche Anschauungsweise! Man darf diese Bedenken nicht damit beschwichtigen wollen, daß, augenblicklich von einer inflationistischen Wirkung zu sprechen, eine Übertreibung sein würde. Naturgemäß zeigen sich die Wirkungen einer Geldverschlechterung erst allmählich und später, um dann in kritischen Momenten sich besonders verderblich fühlbar zu machen. Mit aller Entschiedenheit muß man darauf hinweisen, daß Papiergeld, übermäßiger Umlauf an Scheidemünzen und kleinen Noten tatsächlich eine Verschlechterung der Währung darstellen. Die Folgen können unmöglich ausbleiben, denn wirtschaftliche Gesetze vollziehen sich mit unerbittlicher Notwendigkeit.

Zu diesen Bedenken gesellt sich nun noch das weitere, daß infolge der Vermehrung des Silbergeldes und der Ausgabe von Kassenscheinen auch die Notendeckung der Reichsbank verschlechtert werden muß. Denn die Drittelddeckung der Noten wird faktisch aufgehoben, wenn in diese unterwertiges Silber oder Papiergeld in erheblichen Summen als voll eingerechnet wird. Die Notendeckung in bar hat nur dann einen Sinn, wenn sie in Währungsmetall vorhanden ist. Schon jetzt ist daher die zugelassene Einrechnung von Scheidemünzen und Kassenscheinen eine Durchbrechung des Prinzips. Diese Durchbrechung würde aber einer völligen Aufhebung gleichkommen, wenn zur Krisenzeit die Silberreserve schlechtweg als Notendeckung verwandt wird.

* * *

Man kann also die Vorschläge der Reichsregierung hinsichtlich der Vermehrung des Reichskriegsschatzes nur mit geteilten Gefühlen betrachten. Die Frage, ob sich denn etwas Besseres an deren Stelle setzen läßt, ist natürlich nicht leicht zu beantworten. Wenn aber doch schon die Klinke der Gesetzgebung in die Hand genommen werden muß, so ist es vielleicht besser, dies

mit dem nötigen Vorbedacht und an der richtigen Stelle zu tun. Der Schwerpunkt der Maßregel liegt, wie gezeigt, auf dem Gebiete der Währungs- und Bankpolitik. Am Bankgesetz wäre daher wohl am richtigsten der Hebel anzusetzen. Man könnte vielleicht daran denken, durch eine Änderung des Bankgesetzes den zur Auffüllung des Kriegsschatzes erforderlichen Goldvorrat den Beständen der Bank zu entnehmen, indem diese zu einem Darlehn an das Reich verpflichtet wird. Die Ansammlung des Fonds könnte, um die Bank nicht zu schwächen, genau so allmählich erfolgen, wie dies jetzt vorgesehen ist. Die theoretische Furcht vor einer Verquickung von Bank und Staatsfinanzen dürfte hierbei kaum einen Gegengrund abgeben. Es wäre wohl auch möglich, eine Abtragung der Reichsschuld durch Aufrechnung der Gewinnanteile des Reichs in Aussicht zu nehmen und man könnte sogar in Erwägung ziehen, diese Forderung an den Staat ganz oder teilweise in die Notendeckung einzurechnen. Jedenfalls bietet sich hier ein Weg, das erwünschte Ziel zu erreichen, ohne unsere Währung anzutasten. Die Schwierigkeit der Fragen erheischt aber eine gründliche und bedachtvolle Prüfung. Diese kann nur gewährleistet werden, wenn dieser Teil der Regierungsvorschläge nicht im Bausch und Bogen mit den übrigen Vorlagen erledigt wird, sondern einer späteren Beratung vorbehalten bleibt. Ein solcher Aufschub ist unbeschadet der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Angelegenheit durchaus möglich und ratsam. Spectator

